

LEIPZIGER

Jüdische Zeitung

Wochenblatt für die gesamten Interessen des Judentums

Erscheint an jedem Freitag

Abonnement
durch alle Postanstalten
Einzelpreis der Nummer Mk. 1.50

Verantw. Redakteur: Dr. Jacques Adler, Leipzig
Redaktion: Leipzig, Keilstraße 4, Telefon 10211
Sprechstunde: Donnerstag 11-1 Uhr

Kleine Anzeigen 4 gespaltene Petitzeile M. 10.-
Reklame-Insertate nach besonderem Tarif
Insertaten-Aannahme: Leipzig, Keilstr. 4, Tel. 10211

Nummer 12

Leipzig, 28. April 1922

1. Jahrgang

Entweder — oder

Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen! Dies in der politischen Geschichte viel zitierte Wort — überall dort, wo es sich um die unheilvolle Verblendung von Machthabern handelte —, wir wenden es heute in der vollen Schärfe seiner Bedeutung auf die Verwaltung unserer Leipziger jüdischen Gemeinde an.

Einleitend sei gesagt, dass uns keineswegs daran gelegen ist, Kritik an Personen zu üben. Vielmehr wendet sich unser Kampf rein sachlich, aber mit stärkster Entschiedenheit gegen ein System, das ungerecht, unjüdisch und unhaltbar ist.

Weshalb ungerecht, weshalb unjüdisch, weshalb unhaltbar? Weil dieses System den Gedanken der Demokratie, der seit grauer Vorzeit das Grundprinzip der jüdischen Gemeinschaft ist, vollständig vermissen lässt. Das ist auch durch die Tatsachen erwiesen, wie folgt:

Erstens: Durch das augenblicklich noch geltende Wahlstatut sind mehr als achtzig Prozent der Gemeindeglieder vom Mitbestimmungsrecht ausgeschlossen. Sie haben nur das Recht, Steuern zu zahlen — nächstens flattern ja die neuen Steuerzettel in ein jedes jüdisches Haus, zu Wahlberechtigten und zu Nichtwahlberechtigten —, aber die Verfügung darüber, was mit den Steuergeldern geschieht, steht ihnen nicht zu. Daraus ergibt sich als praktische Konsequenz

zweitens: Die Verteilung der Steuergelder auf die einzelnen Kultuszwecke steht im offensichtlichen Widerspruch zum Willen der Steuerzahler. Sie ist — wir kommen um den harten Ausdruck nicht herum — ein Hohn auf die Gerechtigkeit. Während drei Viertel der Steuerzahler sich zum traditionellen Judentum und kaum ein Viertel wohl sich zur liberalen Kultusform bekennen, geschieht durch die Gemeindeverwaltung die Finanzierung der orthodoxen und liberalen Kultuseinrichtungen geradezu im umgekehrten Verhältnis. Der orthodoxe Kultus erhält kaum die Hälfte von dem, was dem liberalen Kultus zugewiesen wird. Diese nüchterne Feststellung ist ein vernichtendes Urteil über das jetzige Verwaltungssystem.

Diesen Mißständen gilt unser Kampf. Seit langem schon haben wir ihn angesagt, haben wir die Reform der Gemeindeverfassung gefordert, haben wir verlangt, dass anstelle des starrsinnig behaupteten, darum aber nicht weniger haltlosen Dogmas von der „liberalen Gemeinde“ endlich die Anerkennung der wirklichen Verhältnisse, der tatsächlichen Schichtung unserer Gemeinde treten soll. Wir haben es in aller Güte versucht, die Einwände widerlegt und unsere Beweise erhärtet. Wir haben gleich in der ersten Nummer unseres Blattes in einem Artikel „Wie lange noch?“ als Organ der jüdischen öffentlichen Meinung das zum Ausdruck gebracht, was heute Wille, Anschauung und Bekenntnis der überwältigenden, aber offiziell zum Schweigen verurteilten Mehrheit der Gemeindeglieder ist. Aber man hat uns nicht gehört, nicht hören wollen. Zum Schaden des Gemeindelebens, zum Schaden der Aufgaben der jüdischen Allgemeinheit. — Notiz zum nicht gerade rühmlichen Gedächtnis: In so gut wie allen jüdischen Gemeinden Deutschlands, in Berlin, in Breslau, in Köln, ja selbst in Dessau, der streng liberalen Domäne des Staatsrats Cohn, haben sich die offiziellen Persönlichkeiten der Gemeindeverwaltung und der Loge, all die Notabeln, in neu erwachender echtjüdischer Begeisterung an die Spitze des Keren Hajessod, des Palästina-Aufbauwerkes gestellt. In Leipzig dagegen? Still ruht der See, die Vögel schlafen! Zum Glück setzt sich der Keren Hajessod in Leipzig auch ohne das Protektorat der offiziellen Gemeindegipfel durch, deren Autorität bei derartigen Anlässen ja sowieso nichts zu bedeuten hat, weil eben in Leipzig das derzeitige Gemeindegemeinschaft nicht die Repräsentanz der Gesamtheit der Gemeindeglieder darstellt, sondern nur das Sprachrohr einer kleinen Clique ist, und daher allen moralischen Einflusses ermangelt.

Sie haben nichts gelernt, die jüdischen „Gemeindegewaltigen“ Leipzigs. Ringsum in Deutschland und seinen jüdischen Gemeinden die Demokratie, in Leipzig die Klikenherrschaft! Ringsum moderne Verteilungsgrundsätze für den Kultusetat und Selbstverwaltung der Kultusrichtungen, in Leipzig Willkür und anmaßende Macht-

haberei! Ringsum freudige Teilnahme an der Erneuerung des jüdischen Gemeinschaftsgedankens, in Leipzig hartnäckiges Verharren in Gleichgültigkeit oder Abneigung. Die jüdischen Massen fordern heute das Recht, über die Verwendung ihrer Steuergelder mitzubestimmen; aber man verweigert es ihnen, weil dies ein Ende sein könnte für das alte, bequeme System, in jüdischen Dingen nichts zu tun, nichts zu wissen und dabei doch seinen kleinen Ambitionen fröhnen zu können.

Sie haben nichts vergessen. All die längst widerlegten Argumente gegen eine großzügige Verfassungsreform werden immer wieder hervorgeholt und mit der größten Behendigkeit abgeleiert. Von den „Ostjuden“, von ihrer Uneinigkeit, von ihrer Unfähigkeit in Verwaltungsgeschäften, vom Sprung ins Dunkle wird immer wieder gefabelt, mögen auch diese unwahren Behauptungen längst bereits durch die Entwicklung in anderen Gemeinden und insbesondere durch das von den vielberufenen „Ostjuden“ zu unvergleichlicher Blüte gebrachte sozial-kulturelle jüdische Vereinswesen in unserer Stadt ad absurdum geführt sein.

Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. Die letzte Gemeindegemeinschaft am 10. April hat dies, um nur das neueste Beispiel zu nennen, eklatant erwiesen. Tragikomisch wirkte der Eiertanz der liberalen Mehrheit um den Begriff der strengen orthodoxen Observanz, dessen Zweck und „Erfolg“ es war, aus der neugebildeten Sachverständigenkommission für den orthodoxen Kultus gerade die treibende Kraft, den Vertrauensmann des orthodoxen Synagogenverbandes, den geistigen Urheber der Kommission, hinaus zu „eliminieren“, weil der Betreffende selbst kein Orthodoxer sei. Diese plötzliche Peinlichkeit in orthodoxen Dingen steht in einem komischen Widerspruch zur bisherigen Politik der liberalen Mehrheit, die bekanntlich noch niemals daran Anstoß genommen hat, trotz ihrer mangelnden Sachkenntnis und religiösen Inkompetenz die wichtigsten orthodoxen Angelegenheiten zu regeln. Nun auf einmal ist man orthodoxer als die Orthodoxen selbst! Kommentar überflüssig. Und noch ein anderer Vorgang aus der Ge-

**Vergesst nicht, daß der Schekel
die Grundlage der jüdischen Volksbewegung ist!**